

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

273 (24.11.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALDEMOKRATISCHES KARLSRUHEBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gerippte Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Zeitungsanzeigen 60 Pfennig o. Die Wiederholung Rabatt nach Tarif, der bei Nichterhaltung des Abnahmestandes, bei gerichtlicher Vertretung und bei Konten an der Kasse tritt o. Erklärungen und Geschäftsbedingungen in Karlsruhe L. 2. o. Schluß der Anzeigen-Konten 6 Uhr vormittags

Untere wöchentliche Beilagen: Heimat und Wandel, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk, Die Aufseherin / Sport und Spiel / Die Welt der

Preis monatlich 2,20 Mark o. Ohne Zustellung 1,90 Mark o. Durch die Post 2,40 Mark o. Einzelheft 10 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2550 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2. Poststraße 28 o. Zentral 7020 und 7021 o. Postfach-Büro: Durlach, Hauptstraße 9, D.-Baden, Jaghausstraße 12; Rastatt, Rosenstraße 11; Offenburg, Republikstraße 8

Nummer 273

Karlsruhe, Dienstag, den 24. November 1931

51. Jahrgang

Der Wirtschaftsbeirat empfiehlt

Allgemeine Senkung der Löhne, Gehälter, Tarife und Preise - Gefahrvolle Lockerung des Tarifrechts - Eindringliche Vorbehalte und Warnungen der Gewerkschaften

Die Reichsregierung vor folgenschweren Entscheidungen

Der Wirtschaftsbeirat hat gestern seine Schlusssitzung abgehalten. Die von ihm entworfenen, aber nicht einmütig gebilligten Richtlinien zum Wiederaufbau der Wirtschaft enthalten die folgenden Gedankengänge und Empfehlungen:

1. Die Aufgabe

Der Wirtschaftsbeirat sieht sich der Auffassung der Reichsregierung an, wie sie in dem Briefwechsel zwischen dem Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung vor Zusammenberufung des Wirtschaftsbeirates und der Eröffnungsrede des Herrn Reichspräsidenten zum Ausdruck gekommen ist, an, daß der Sinn der in Aussicht genommenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen der sein müsse, zur Verminderung der Arbeitslosigkeit und der anderen wirtschaftlichen Schwierigkeiten.

Die Aufwendungen der gesamten Wirtschaft in weitem Maße an die teils durch Währungsveränderungen, teils durch andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf dem Weltmarkt und an die Vermögens- und Einkommenslage in Deutschland anzupassen, unter Abwägung der einzelnen Auswirkungen und Werte aufeinander.

Der Wirtschaftsbeirat stellt sich hierbei auf den Boden der Reichsregierung, daß jegliche Maßnahmen inflationistischer Charakteres abzulehnen und daß diese Aufgaben durch einen umfassenden Plan in sich geschlossener und von einander bedingter Maßnahmen zu lösen seien, wobei diese Maßnahmen wegen ihrer Abhängigkeit voneinander soweit irgend möglich, nicht nur alsbald, sondern auch gleichzeitig getroffen werden müßten. Für den Erfolg dieser Maßnahmen wäre die baldige Beendigung der internationalen Deflation von wesentlicher Bedeutung.

2. Notwendige Voraussetzungen

Der Wirtschaftsbeirat hat auf Wunsch der Reichsregierung Fragen der öffentlichen Staatswirtschaft in Reich, Ländern und Gemeinden im einzelnen nicht erörtert, ist aber mit Reichsregierung und Reichsbank der Auffassung, daß

erste Voraussetzung einer Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft der Ausgleich der Haushaltslage im Reich, bei der Reichsbahn, in Ländern und Gemeinden ist, da auch eine gesunde Privatwirtschaft erst auf dem Boden einer gesunden Staatswirtschaft erwachsen könne. Hierbei herrichte Uebereinstimmung darüber, daß auf die Dauer die deutsche Wirtschaft nicht in der Lage sei, öffentliche Lasten in der jetzigen Höhe zu tragen.

Zweiter sei es zur Wiederherstellung und Festigung des Vertrauens in die deutsche Wirtschaft im In- und Ausland notwendig, daß außer der dringenden gebotenen Klärung der Reparationsfragen rechtzeitig vor Ablauf des Stillhalteabkommens eine Neuordnung über die in Deutschland investierten ausländischen Kredite hinsichtlich Verzinsung, Amortisation und Sicherstellung geschaffen werde. Der Wirtschaftsbeirat verweist hinsichtlich dieses Punktes auf die bereits abgeschlossenen Arbeiten seines zunächst eingeleiteten Untersuchungsausschusses in Zusammenarbeit mit der Reichsregierung. Für die weitere Behandlung dieses Problems, die vermutlich erforderlich werde, stellt sich der Wirtschaftsbeirat durch seinen Untersuchungsausschuss dem deutschen Schuldnerkomitee weiterhin bereitwillig zur Verfügung.

Uebereinstimmung zwischen Reichsregierung und Wirtschaftsbeirat bestand darüber, daß eine weitere notwendige Voraussetzung umfassender wirtschaftlicher Maßnahmen eine baldige und klare Regelung des Verhältnisses zwischen der öffentlichen Hand und dem privaten Bankensystem sei, weil die im Juni ds. Js., in dem Monat der Bankentzerrung, getroffenen notwendigen Regelungen selbstverständlich nur als Provisorium anzusehen sind.

3. Preisbildung

Im Rahmen der unter Ziffer 1 umschriebenen Aufgaben des Wirtschaftsprogramms liegt nach Auffassung des Wirtschaftsbeirates in erster Linie eine Einwirkung auf Preise und Löhne.

Unter Lockerung der Bindungen, die auf beiden Gebieten bestehen, werden sie in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden müssen, um eine unerträgliche Schumpfung der Kaufkraft zu vermeiden. Insbesondere sind die gebundenen Preise einem neuen Preisniveau anzupassen. Eine systematische Aufhebung sämtlicher Preisbindungen wird jedoch zur Erreichung dieses Zieles nicht empfohlen; auch sind die erforderlichen Preisentlastungen vollständig nicht durch eine prozentuale gleichmäßige Verminderung der gegenwärtigen Preise und Preisspannen herbeizuführen.

Dagegen sind Richtlinien aufzustellen, nach denen eine dem neuen Preisniveau entsprechende Preislage bei allen gebundenen Preisen herbeigeführt wird, bis diese auf einem zu hohen Stande bebar-

ren. Sofern eine freiwillige Anpassung der Preise an diese Richtlinien nicht eintritt, erscheint eine sofortige Aufhebung der Bindungen erforderlich. Bei der Erörterung der Preise stellte der Wirtschaftsbeirat fest, daß die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Güter in weitem Maße unter dem allgemeinen Preisniveau liegen. Der Wirtschaftsbeirat hält daher einen Ausgleich und eine Verringerung der in vielen Gegenden noch besonders hohen Preisspannen für geboten. Hierbei wäre nach englischem Beispiel die Einsetzung von Ausschüssen erwägenswert, die an Hand der Welt- und Großhandelspreise die angemessenen Kleinhandels- und Vergleichenpreise mit anderen Beiräten veröffentlichen. Ebenso erscheint dem Beirat die Anregung beachtlich, daß durch Ausbände in den Läden und andere Vorkehrungen die Preise, insbesondere der Lebensmittel, öffentlich bekanntgegeben werden.

Im Rahmen eines ausreichenden Gesamtprogramms erscheint eine entsprechende Senkung von Löhnen und Gehältern unvermeidlich. Dabei muß der Grundtatbestand des Tarifvertrages erhalten bleiben.

Auch könnte er ohne die gesetzliche Unabdingbarkeit keine wichtigen sozialen und wirtschaftlichen Aufgaben nicht erfüllen. Auch auf dem Gebiete des Schlichtungswesens erscheinen gesetzliche Änderungen zur Zeit nicht erforderlich, dagegen ist eine veränderte Handhabung notwendig. Insbesondere soll die Verbindlichkeitsklärung durch Stärkung der Zusammenarbeit und Selbstverantwortung der Tarifparteien eingeschränkt werden. Der Inhalt der Tarifverträge muß sich mehr als bisher der wirtschaftlichen Entwicklung anpassen, damit in der bedrängten Lage der Wirtschaft und

bei dem geringen Grad der Beschäftigung Erleichterungen erzielt werden können. Bei dieser Ausforderung der Tarifverträge sind örtliche Besonderheiten, seiliche Änderungen, branchenmäßige und betriebliche Unterschiede, die Leistungsunterschiede der einzelnen Arbeitnehmerkategorien, insbesondere zu berücksichtigen.

4. Kredit und Zins

Der Wirtschaftsbeirat befürchtet die Auffassung der Reichsregierung und der Reichsbank, daß

alle Maßnahmen abzulehnen sind, die zu einer Inflation führen könnten. Er ist demzufolge der Auffassung, daß alle notwendigen Kreditmaßnahmen im Rahmen der Organisation der Reichsbank durchgeführt werden müssen.

Der Zeitpunkt für geeignete Maßnahmen der Reichsbank auf diesem Gebiete hängt davon ab, daß es gelingt, die Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen zu schaffen und dadurch das Vertrauen zur deutschen Wirtschaft im In- und Ausland auf breiter Basis zu beleben. Es erscheint dem Wirtschaftsbeirat erforderlich, daß dann sofort die Reichsbank ihre Kreditpolitik dieser neuen Lage anpaßt und dadurch die Beschäftigungsmöglichkeiten der Wirtschaft erweitert. Aufgabe der Reichsregierung und Reichsbank ist es auch, alle erforderlichen und möglichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisenvorrats zu treffen.

Hinsichtlich der Zinsen ist der Wirtschaftsbeirat übereinstimmend der Auffassung, daß eine Senkung des Zinsniveaus für die gesamte deutsche Wirtschaft vom Geldmarkt aus als unbedingt notwendig anzusehen ist. Auf dem Geldmarkt sind die Zinsen der Einlagen

Forderungen der SPD

Sozialdemokratische Führer beim Kanzler - Gegen jede Brotverteuerung - Kartoffeln und Kohlen als Winterbeihilfe - Einspruch gegen Teile des „Wirtschaftsprogramms“

Am Montag fand in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen der Reichsregierung und Vertretern der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion statt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung, auf der eine Reihe von Wirtschaftsangelegenheiten standen, erbat Abgeordneter Breitscheid das Wort, um, wie er sagte, diese erste sich bietende Gelegenheit zu einer Kritik an dem am Montag veröffentlichten Communiqué über die Arbeiten des Wirtschaftsbeirates zu benutzen. Breitscheid warnte im Namen der Reichstagsfraktion die Regierung davor, daß sie in diesem Communiqué niedergelegten Thesen zur Grundlinie eines Regierungsprogramms mache. Er verwies dabei hauptsächlich auf die Sätze über die Lohnsenkung und das Tarif- und Schlichtungsrecht, während von der Preisentlastung nur in sehr allgemeinen Verbindungen die Rede sei, werde die Notwendigkeit einer weiteren Herabsetzung der Löhne und Gehälter in bürren Worten als unvermeidlich bezeichnet. Es wird des weiteren zwar erklärt, daß der Grundtatbestand des Tarifrechts erhalten bleiben müsse, aber es folgen dann Ankündigungen von Veränderungen, die tatsächlich das Tarifrecht unterminieren würden. Diese Sätze würden in der Arbeitererschaft große Beunruhigung auslösen, und wenn die Regierung sie zur Grundlage einer neuen Notverordnung mache, so würden Spannungen entstehen, die nicht ohne politische Rückwirkungen bleiben könnten. Die Arbeiterchaft werde aus neue den Eindruck erhalten, als ob die Lagen der Wirtschaftskrise in der Hauptsache von ihnen zu tragen seien.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsarbeitsminister Stegerwald bemühten sich, die Behauptungen der Sozialdemokratie zu entkräften. Man müsse die Ankündigungen der Lohnsenkung im Zusammenhang mit der Erklärung lesen, daß Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabzusetzen seien. Aber man werde um die Lohnreduzierung angesichts der durch die englische Pfundentwertung und die ausländischen Zollerhöhungen bewirkten neuen Exporterschwerungen nicht herumkommen. Was das Tarifrecht anlangt, so sei das Wesentliche, daß an seinem Grundtatbestand nichts geändert werde. Es handle sich nur darum, es mit Rücksicht auf die örtlichen, zeitlichen und branchenmäßigen Verhältnisse elastischer zu gestalten. Die Abgeordneten Breitscheid und Auhäuser stellten gegenüber den Erklärungen der Regierungsmittelglieder fest, daß ihre Besorgnisse durch diese Erklärungen keineswegs zerstreut seien und sie erluchten die Regierung nochmals mit allem Nachdruck, bei ihrer Verordnungspraxis mehr als bisher Rücksicht auf die Psychologie der Arbeiterklasse zu nehmen. Eine endgültige Stellungnahme kann natürlich erst erfolgen, wenn die Pläne des Kabinetts, das durch die Wünsche und Forderungen

des Beirates nicht gebunden ist, feste Umrisse angenommen haben.

Die eigentlichen Verhandlungen betrafen die Sicherung des Brotpreises und der Brotversorgung, die Ausführung des Reichstagsbeschlusses über die Winterhilfe mit Kohlen und Kartoffeln und die Sicherung der Invalidenversicherung gegen akute Zahlungsschwierigkeiten. Durch Reichsgesetz vom 28. März 1931 ist die Reichsregierung verpflichtet, einer Erhöhung des Brotpreises vorzubeugen. Trotzdem ist in den letzten Monaten der Brotpreis über den vorgeschriebenen Preis gestiegen, ohne daß Gegenmaßnahmen der Reichsregierung getroffen worden wären. Da außerdem durch die Knappheit an Roggen die Gefahr besteht, daß der Brotpreis sich in Zukunft noch mehr erhöht, verlangt die Sozialdemokratie die strikte Durchführung der gesetzlichen Bestimmungen.

Nach längeren Auseinandersetzungen mit dem Reichsminister Schiele sagte die Reichsregierung verbindend zu, daß die Brotkaufkraft nach ihrem Wortlaut durchgeführt, der frühere Brotpreis wieder hergestellt werden soll und außerdem durch eine Verbilligung der Futtermittel die Verfütterung des Roggens vermieden werden soll.

Alsdann verlangten die sozialdemokratischen Vertreter Auhäuser, Gerk und Hilderding Auskunft über die von der Regierung zur Ausführung des Reichstagsbeschlusses über eine zusätzliche Winterhilfe getroffenen Maßnahmen. Die in einigen Gemeinden abgeschlossenen Vereinbarungen zur Verbilligung von Brot, Kartoffeln und Kohlen für Erwerbslose wurden von den sozialdemokratischen Vertretern für nicht ansehnlich erklärt. Sie verlangten vielmehr auf neue eine obligatorische und einheitliche Regelung für das ganze Reich. Die Regierung stellte eine solche Regelung in Aussicht. Reichsminister Schiele teilte ferner mit, daß er eine Verbilligung von Fleisch für Erwerbslose um 30 Pfennig pro Pfund beabsichtige.

Schließlich wurde die Finanznot der Invalidenversicherung erörtert und dargelegt, daß eine Anzahl von Landesversicherungsanstalten vor unmittelbaren Zahlungsschwierigkeiten liege. Es wurde von der Reichsregierung verlangt, daß sie den notleidenden Anstalten ermögliche, die Reichshofkassenleistungen, die der Invalidenversicherung im Vorjahre ausgesetzt worden waren mit Hilfe des Reichs, soweit erforderlich häufig machen zu können. Der Reichsfinanzminister sagte seine Mitwirkung bei der Behebung der bestehenden Kassen Schwierigkeiten der Landesversicherungsanstalten zu. Mit dem Ertrabnis der Verhandlungen wird sich der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag beschäftigen.

bei den Kreditinstituten die Grundlage der Zinsen für die Darlehen, die diese gewähren. Um in der schweren Zinsbelastung der Wirtschaft Erleichterungen zu schaffen,

müssen deswegen die Sabenzinsen auf einen angemessenen Satz ermäßigt werden. Gleichzeitig sind die Zinsspannen zwischen den Sabenzinsen und den Zinsen der Ausleihungen zu verringern, wobei der Wirtschaftsbetrag feststellt, daß in der letzten Zeit der Gebante des Risikoausschlags zu stark betont worden sei.

Der Risikoausschlag muß in Zukunft individueller festzusetzen sein, was von selbst zu einer Erleichterung der Kreditbedingungen für gute Schuldner und einer Ablehnung schlechter Risiken und damit auch zu variabler Kapitalwirtschaft führen wird. Auch sind Maßnahmen gegen jede ungelunden Kreditkäufung vorzuziehen. Die Senkung des Zinsniveaus auf dem Kapitalmarkt in Wechselwirkung zu den Zinsermäßigungen auf dem Geldmarkt hält der Wirtschaftsbetrag dringend erwünscht. Die Ansichten über die Wege, die zu diesem Ziele führen können, waren geteilt. Einmütig aber wünschte der Betrag eine Einflußnahme der Reichsregierung auf die großen Träger des langfristigen Kredits, damit diese unter Rücksichtnahme auf die bei Durchführung des Wirtschaftsplanes zu schaffende neue Lage auch ihrerseits bei Verlängerung von Hypotheken den Zinsfuß ermäßigen, und daß sie dabei von einer Erhebung besonderer Gebühren absehen.

Allgemein hält es der Wirtschaftsbetrag für geboten, daß diese Maßnahmen möglichst auf Grund freier Vereinbarungen der Beteiligten getroffen werden. Er empfiehlt aber, daß die Reichsregierung den Absicht dieser Abmachungen mit allem Nachdruck fördert.

5. Öffentliche Tarife

Zur Herabsetzung der allgemeinen Lebenshaltungskosten, die bei Senkung von Löhnen und Gehältern zu einer unbedingten Notwendigkeit wird, ist vor allem eine

Senkung der Tarife der öffentlichen Unternehmungen erforderlich.

Der Wirtschaftsbetrag erkennt an, daß in dieser Hinsicht die Reichsbahn ihre tatkräftige Mitarbeit angedeutet hat. Wenn auch eine Senkung der Perzententaxen und eine allgemeine Senkung der Frachten nicht möglich erscheint, so ist die von der Reichsbahn in Aussicht gestellte Senkung der Reichsbahnfahrpreise für einzelne für die Volkswirtschaft besonders wichtige Güter von größter Bedeutung, ebenso wie die Zusage der Reichsbahn, für besonders notwendige Besätze und Wirtschaftszweige unter Ausschluß von Berufungen Sondertarife einzuführen. Der Wirtschaftsbetrag hat davon zustimmend Kenntnis genommen, daß die Reichsregierung es als ihre unabwendliche Aufgabe ansieht, durch nachdrückliche Einwirkungen auf die zuständigen Landes- und Kommunalbehörden auf eine

klüßbare Herabsetzung aller übrigen öffentlichen Tarife, vor allem bei Straßenbahn, Gas und elektrischem Strom hinzuwirken.

Auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft hält der Wirtschaftsbetrag eine

Herabsetzung der Mieten

zur Anpassung an die verminderten Einkommen für unbedingt geboten. Das Ende der Wohnungsnotstandsphase sei weiter vorzurücken, dabei jedoch das soziale Mietrecht für Arbeiter kleiner und kleinster Wohnanlagen und für kinderreiche Familien sicherzustellen. Eine sofortige völlige Aufhebung der Haussteuer erscheine nicht möglich, jedoch ist gestaffelter Abbau wünschenswert.

Der Wirtschaftsbetrag weist weiter auf die Maßnahmen zur Bankenorganisation hin, die durch die Notverordnung der Reichsregierung vom 19. September getroffen worden sind, und auf die Maßnahmen zur Sicherung der Ernte im Ostpreußengebiet. Ueberall in Deutschland müsse im Interesse der Volksernährung die ordnungsmäßige Fortführung der landwirtschaftlichen Betriebe sichergestellt werden.

Ein Irrtum des Herrn Reichspräsidenten

Reichspräsident von Hindenburg hat in der Schlussfassung des Wirtschaftsbetrags am Montag unter anderem folgende Ausführungen gemacht:

„Wie ich in meiner Eröffnungsansprache an Sie und heute wiederum der Herr Reichsminister betonte, liegt die Pflicht der Führung und des Handelns bei der Reichsregierung. Gestützt auf die hier beschlossenen Beschlüsse und die aus der Aussprache der letzten Wochen gewonnenen Erfahrungen und Anregungen wird die Reichsregierung nunmehr ihrerseits die Maßnahmen beschließen, die sie zur Wiederherstellung unserer Wirtschaft und zur Aufrechterhaltung des sozialen Friedens für notwendig hält.“

Gegenüber dieser Formulierung, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnte, ist festzustellen, daß der Wirtschaftsbetrag keine Beschlüsse beschlossen hat. Der Wirtschaftsbetrag konnte schon deshalb keine Beschlüsse irgendwelcher Art fassen, weil er völlig unparitätisch zusammengesetzt war. Die Vertreter der Gewerkschaften bildeten nur eine kleine Minderheit. Die Erklärung des Reichsministers enthält daher keine beschlossenen Beschlüsse, sondern nur eine Zusammenfassung der Arbeiten der Ausschüsse des Wirtschaftsbetrags, der gegenüber ein Vertreter der Gewerkschaften in der Sitzung des Wirtschaftsbetrags am Sonntag, den 22. November, die abweichende Auffassung der Gewerkschaften festgestellt hat.

Was der Reichsbankpräsident fordert

Die in der Schlussfassung des Wirtschaftsbetrags gehaltenen Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Dr. Luther hatten zusammenfassend folgenden Gedankengang:

Es ist sehr zu begrüßen, daß im Wirtschaftsbetrag über die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Währung nicht nur Uebereinstimmung herrscht, sondern daß die Zusammenhänge in größter Klarheit erkannt worden sind. Von der Währung her oder mit Mitteln der Finanzpolitik kann über das hinaus, was bereits jetzt geschieht, ein Schritt zur Befreiung der Wirtschaft nicht gemacht werden. Zwei Notwendigkeiten sind es vor allem, auf die es vom Standpunkt der Währung und vom Standpunkt der Kreditpolitik der Reichsbank aus ankommt, nämlich die

Schaffung der Voraussetzungen für die Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen und die Bekämpfung des Vertrauens der deutschen Wirtschaft im In- und Ausland.

Die Reichsbank wird, wobei das oberste Gezielte aller Währungsmaßnahmen die Vermeidung jeder Währungsentwertung bleibt, nach Erfüllung dieser Voraussetzungen jede zur Erleichterung der Wirtschaft und damit zur Abmilderung der Arbeitslosigkeit geeignete Maßnahmen ergreifen. Reichsregierung und Reichsbank müssen daher alle erforderlichen Maßnahmen zur Stärkung des Devisennotstandes treffen.

Was den Geldzins anbetrifft, so ist Deutschland wegen seiner Abhängigkeit von der Devisenlage zur Zeit in der Gestaltung der Diskontpolitik ungemein gebunden und eingeengt. Um so mehr wird man die anderen Absichten und Empfehlungen des Wirtschaftsbetrags berücksichtigen müssen, die z. B. von der Seite der Sabenzinsen und der Verringerung der Zinsspannen auf Beschul-

ung der Zinsätze hinstellen. Gegenüber inflationistischen Währungsprojekten, die immer wieder an die Reichsregierung und Reichsbank herangebracht werden, wird die klare Einsicht und Stellungnahme des Wirtschaftsbetrags von größter Bedeutung sein. Zu einer auf internationaler Basis möglichen Antideflationspolitik, die den entscheidenden Anstoß zur Überwindung der Weltwirtschaftskrise geben würde, kann Deutschland nur wenig beitragen. Für Deutschland kommt es vielmehr bei aller notwendigen Pflege des inneren Marktes darauf an, innerhalb der Kräfte nicht an den Voraussetzungen seiner internationalen Wirtschaftstätigkeit nachzulassen. Hinsichtlich der Preise und Löhne sind noch wichtige Teile unseres Wirtschaftslebens von der Kostenrentierung nicht hinreichend

ergriffen. Darüber hinaus ist dem Problem der Fundamentwertung noch in keiner Weise ausreichend Rechnung getragen, weil die Auswirkungen der Fundamentwertung für Deutschland bis heute nicht voll erkennbar sind. In Deutschland muß das, was England durch die Fundamentwertung von der Welt behauptet werden soll, von der Preis- und Löhnepolitik her getrennt werden. Dieser allgemeine Gedankengang wird sich, wenn er in hinreichender Breite und mit allem Nachdruck durchgeführt wird, nicht als Herabminderung der inneren Kaufkraft auswirken. Von entscheidender Bedeutung, und zwar auch gerade unter dem Gesichtspunkt der Währung ist, daß fest umfassend und durchgreifend gehandelt wird.

Bedenken und Warnungen

Die Regierung hat die Auseinandersetzungen im Wirtschaftsbetrag in 8 Leitfäden zusammengefaßt, am Montag veröffentlicht. Man darf diese Leitfäden nicht so beurteilen, als ob sie die einmütige Zustimmung des Wirtschaftsbetrags gefunden hätten. Der Regierung war sicherlich viel daran gelegen, Einmütigkeit zu erzielen. Das ist nicht gelungen und konnte nicht gelingen.

Die Leitfäden enthalten vieles, was die Vertreter der Gewerkschaften gebilligt haben; zum Teil sind wichtige Vorschläge auf die Initiative der Gewerkschaftsvertreter zurückzuführen. Das gilt z. B. für die Milderung der Deflationpolitik, für die Angleichung der landwirtschaftlichen Produzentenpreise an die Konsumumentenpreise, für die Ablehnung jeglicher Inflation, für die Senkung der Zinsen, der Preise und so weiter. Das sind Programmpunkte, die auch von den Gewerkschaften immer wieder gefordert worden sind.

Streitpunkt ist die Senkung der Löhne und Gehälter. Die Regierung versichert immer wieder, Löhne und Preise zugleich senken zu wollen, um eine Schrumpfung der Kaufkraft zu verhüten. Das liegt zweifellos auch auf der Linie des angekündigten Wirtschaftsprogramms der Reichsregierung, das nach dem Wortlaut des Reichspräsidenten „sozial gerecht und wirtschaftlich wirksam“ sein soll. Wer gibt aber den Gewerkschaften in dem Projekt, den die Regierung mit ihrer bevorzogenen Note-Druckordnung einleiten will, die Garantie, daß die Reallohne unangetastet bleiben, oder die andere Garantie, daß immer nach den Worten des Reichspräsidenten verfahren wird? Schließlich wird die Regierung Brüning nicht ewig bleiben, und eine andere Regierung könnte z. B. aus Änderungen auf dem Gebiet des Schlichtungswesens Waffen schmieden, die der Arbeiterchaft eines Tages arg bekommen könnten.

Das war sicherlich die eine Ueberlegung, die den Gewerkschaftsführer Graumann in der Sonntagsitzung des Wirtschaftsbetrags zu der Erklärung bestimmt hat, daß das Ergebnis der Verhandlungen die Arbeitnehmer nicht befriedigen könne. Dieser Erklärung haben die Vertreter sämtlicher Gewerkschaften beigegeben. Des anderen sind die Hoffnungen der Gewerkschaften auf eine gesetzliche Regelung der Verhältnissen enttäuscht worden. Dies und rein wirtschaftliche Erwägungen dürften die wichtigsten Gründe sein, die die Haltung der Gewerkschaften bedingen. Ueber ihre abweichende Meinung haben sie niemanden im Unklaren gelassen.

Die Reichsregierung hat in ihren Richtlinien zugleich Gelegenheit genommen, das Ziel ihres Wirtschaftspolitischen Kurses näher zu umreißen. Sie spricht von einer Anpassung der deutschen Verhältnisse an die durch Währungsveränderungen und andere Gründe bedingten Preisveränderungen auf dem Weltmarkt. Sie will dadurch die Arbeitslosigkeit und andere wirtschaftliche Schwierigkeiten vermeiden, und arbeitet so das Ziel heraus, das Niveau der deutschen Gesetzgebungsstellen zu

erhalten. Sie will sozial gerecht bleiben, deshalb sollen, wie es in ihren Richtlinien heißt, unter Vorkörung der Bestimmungen, die für Preise und Löhne bestehen, die Preise und Löhne in Uebereinstimmung miteinander gleichzeitig herabgesetzt werden. Insbesondere will man die gebundenen Preise einem neuen Niveau anpassen.

Wir zweifeln nicht daran, daß es der Regierung mit der Senkung der Löhne und Preise ernst ist. Wie die Christlichen Gewerkschaften in einer Verlautbarung mitteilen, hat in der Sitzung des Wirtschaftsbetrags am Montag der Reichspräsident, Minister Stegerwald noch einmal nachdrücklich festgehalten, daß unter keinen Umständen daran geändert werden, einseitig die Löhne und Gehälter zu senken, sondern daß Mittel und Wege gefunden werden müßten, neben den gebundenen Preisen auch alle anderen Preise, ebenso die Mieten und die Tarife für Gas, Elektrizität und Straßenbahn zu senken. Denn alle diese Posten sind zur Kostenverteilung des Arbeitnehmershaushaltes wesentlich.

Der Reichsarbeitsminister hat die Reichsregierung mit dieser Erklärung festgelegt. Aber es kommt schließlich alles darauf an, ob man Löhne und Preise in dem Ausmaß senken kann, wie das erforderlich ist, um zu verhüten, daß die Kaufkraft und der Reallohn in Deutschland einem unheilvollen Schrumpfungprozess verfallen.

Wir sind überzeugt, daß man auf dem Gebiet der Kartelle und Monopolpreise, angefangen beim Eisen und bei der Kohle bis zum Getreide und der Straßenbahnfahrt, der Mieten und der Markenartikel vieles tun kann, wenn man will. Es wird sich auch überlegen, daß das Konjunktur beheben und anregen wird. Auch Auswirkungen auf die Lebenshaltungskosten werden sich einstellen. Aber wir betonen, daß ein Ausgleich möglich ist, und deshalb wird eine Lohn- und Gehaltensenkung, möge man sie immer wieder in Zusammenhang mit einer Preisentzerrung bringen, auf Kosten des Reallohnes gehen. So ist zu befürchten, daß der Projekt der Anpassung, den die Regierung in ihren Richtlinien anbeudet, mit einer Schrumpfung der Reallohn und der Kaufkraft enden wird. Damit begibt sich die Regierung auf den Weg, der von dem deutschen Unternehmertum seit zwei Jahren befolgtet worden ist: des einseitigen Lohnabbaues. Auch das Unternehmertum hat die Arbeiter verprochen, die Wirtschaft durch Lohnabbau anzufurbeln und die leer gewordenen Verhältnisse wieder zu befüllen. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Politik des einseitigen Lohnabbaues hat das Arbeitsloshere vermehrt.

Die Politik der Reichsregierung muß u. a. mit einem Nisus enden. In dem Brief des Reichspräsidenten an den Reichsminister, der die Beratungen des Wirtschaftsbetrags einleitete, wurde von einer Verminderung des Arbeitslosheres gesprochen. Wenn entgegen der jeder Notwendigkeit die Arbeitslosigkeit weiter steigt — um menschlichem Ermessen nach kann es nicht anders sein — dann wird die Entwicklung ein enttäuschtes Volk zurücklassen. Diese Enttäuschung kann mit dem Schicksal Deutschlands gleichbedeutend sein.

Erhöhung der Umsatzsteuer

Berlin, 24. Nov. (Hundsb.) Der Reichsfinanzminister wird im Verlauf des heutigen Vormittags im Haushaltsausschuß des Reichstages über die finanzielle Lage von Reich, Ländern und Gemeinden eine Erklärung abgeben.

In unterrichteten Kreisen verläutet, daß die Reichsregierung zur Ausbalanzierung der Staats nicht nur die Erhöhung der Umsatzsteuer, sondern auch die Wiedereinführung der Kapitalertragsteuer ohne Anrechnung auf die Einkommensteuer erwägt. Die Umsatzsteuer soll angeblich von 0,85 Prozent auf 2 Prozent erhöht werden.

Herabsetzung der Diäten

Der Kellertent der Reichstages ist zu einer Sitzung auf Donnerstag, den 26. November, nachmittags 5 Uhr, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht zunächst eine Neuberechnung der Ausschüsse und ferner eine Anregung zur Verringerung des Diätengebühres.

Wie wir erfahren, handelt es sich bei dem zweiten Gegenstand der Tagesordnung nicht um bestimmte Anträge, sondern um Anregungen teils von Abgeordneten, teils von privater Seite, mit Rücksicht auf den jetzigen Zusammentritt des Reichstages die Tagesgelder allgemein herabzusetzen.

Endtermin für Zahlungsfristenanträge in Aufwertungssachen

Der Antrag des Zentralverbandes Deutscher Haus- und Grundbesitzvereine, den auf den 30. November festgesetzten Endtermin für die Einreichung von Anträgen auf Bemittlung einer Zahlungsfrist für gestundete Aufwertungsanträge auf den 15. Dezember ds. Js. zu verlegen, ist vom Reichsjustizministerium abschlägig beschieden worden. Der letzte Termin für die Nachholung von Anträgen auf Bemittlung einer Zahlungsfrist oder, falls ein solcher Antrag bereits rechtskräftig abgewiesen war, für die Erneuerung bezüglicher Anträge, bleibt somit der 30. November 1931.

Der neue Berliner Bankkrach

Staatsanwaltschaft erucht um Zulassung der Strafverfolgung

Berlin, 23. Nov. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat beim preussischen Landtag die Entschuldig über die Zulassung der Strafverfolgung gegen den Bankinhaber des Bankrott der Berliner Bank für nachgelassen. Gegen Abendbruch besteht der Verdacht, daß er als Vorsitzender des Aufsichtsrates an dem bei der Berliner Bank für Handel und Grundbesitz aufgedeckten Bilanzverschleierungen beteiligt ist.

Paul Boncour geht, will aber Sozialist bleiben

Paul Boncour, dessen Wahl zum Senator für rechtsaltig am 1. März worden ist, hat in einem an den Generalsekretär der sozialistischen Partei Frankreichs gerichteten Brief offiziell seinen Austritt aus der sozialistischen Parlamentsfraktion bekanntgegeben. Er schreibt u. a.: „Es ist zu klar, daß die Mehrheit der Partei in gewissen Punkten, die zwar nicht unsere Doktrin und unsere Ideale betreffen, durch die Umstände jedoch in den Vordergrund der politischen Aktualität gerückt sind, eine Stellung einnehmen, die der Widerspruch, die ich als Delegierter Frankreichs in Genève verteidigt habe, und auf die ich nicht verzichten kann. Unter diesen Umständen habe ich es für loyal gehalten und für angemessen, dem Interesse meiner französischen Wähler, wie im Interesse der Partei, beiden Organisationen das Wort abzugeben, das sie mir anvertraut haben, zurückzugeben und ein anderes anzunehmen, das mir ohne meine sozialistische Ueberzeugung zu ändern, erlaubt, ohne Rücksicht für die Einigkeit der Arbeiterklasse meine Handlung und Verhalten unmissverständlich wiederzugeben. Unsere Kameraden in Carmona haben sich damit einverstanden erklärt, und in einer entsprechenden Entschließung das zum Ausdruck gebracht. Ich möchte, daß auch andere Kameraden der Partei die Gründe, die meine Handlungswelt veranlaßt haben, verstehen und würdigen.“

Kleinwohnungsbau

Der Wohnungsausschuß des Reichstages befaßte sich am Montag unter dem Vorsitz des Abg. Wisinski (So.) mit Anträgen über die Förderung des Kleinwohnungsbauens. Zur Beratung standen sozialdemokratischer Antrag, wonach zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit für die Förderung des Kleinwohnungsbauens Hausinsitutermittel mindestens in dem Umfang bereitgestellt werden sollen, der sich auf Grund der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 ergibt. Außerdem sollen die Länder, die die für den Wohnungsbau geltend bestimmten Hausinsitutermittel für andere Zwecke verwendet haben, angemessen werden, diese Mittel wieder dem Kleinwohnungsbau auszuführen.

Auch von den Christlichen Sozialen liegt ein Antrag vor, wonach der Wohnungsbau bestimmten Hausinsitutermitteln (Kontingente) dem Kleinwohnungsbau zuegeführt werden sollen. Außerdem sollen die Besitzer solcher Häuser, deren Friedenswert 5000 M nicht übersteigt, unterzogen werden der Hausinsitutsteuer befreit werden. In der Aussprache kam u. a. zum Ausdruck, daß die Not der Wohnungswirtschaft eine Auswirkung der allgemeinen Schrumpfung der Kaufkraft weitestgehender Beschleunigung ist. Sie erfordert dringend sofortige Abhilfe, insbesondere durch Senkung der Mietpreisen und durch eine wohnsinnige Herabsetzung der Hypothekenzinsen wurde von mehreren Abgeordneten mit Rücksicht auf die befürchtete Erschütterung des Kapitalmarktes als nicht angängig betrachtet. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt.

Die Welt blickt auf Hessen

Was wird nach der Wahlsschlacht?

Von Dr. Carl Mierendorff, M.D.R.

Hessen, das Land der geringsten sozialen Spannungen, Hessen, wo dreizehn Jahre lang die Weimarer Koalition friedlich regieren konnte — Hessen ist über Nacht in den Brennpunkt des politischen Interesses gerückt. Das Ergebnis der Hessenwahlen vom 15. November hat das Zusammengehen von Zentrum und Nationalsozialisten zum Ausgangspunkt der politischen Entwicklung gestellt. Wird die Frage einer Koalitionsregierung in den Vordergrund gestellt. Wird die Frage einer Koalitionsregierung in den Vordergrund gestellt. Wird die Frage einer Koalitionsregierung in den Vordergrund gestellt.

Der außerordentlich große Wahlerfolg der Nationalsozialisten, der nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen Welt Sensation erregt hat, ist die Ursache dieser plötzlichen Wendung. Wenn er aber für den Außenstehenden überaus seltsam und unheimlich ist, so ist es für den hiesigen Beobachter nicht weniger seltsam, daß die Fronten so, daß mit rapiden Ausschüßungen abgerechnet werden müßte. Am 14. September 1930 hatte die Sozialdemokratie in Hessen außerordentlich günstig abgeköhnt. Dank der rechtzeitigen Alarmierung der Massen gegenüber dem Nationalsozialismus hatte die Partei in Hessen im Gegensatz zum Reich (fast 25 000 Stimmen) gewonnen. Außerdem hatte auch die NSDAP, bei der Reichstagswahl haben sie ihre Organisation in Oberhessen richtig aufgebaut und Rheinhesen ist für sie überbaut und seit der Rheinlanddrängung zugänglich. Diese starke Spannung zwischen den beiden politischen Hauptpartei schloß die Aussichten für einen starken sozialdemokratischen Verlust ebenso in sich, wie für einen besonders großen Gewinn der Nationalsozialisten.

Die eigentliche Ueberwindung des heftigen Wahlergebnisses bildet aber die katastrophale Niederlage der bürgerlichen Parteien. Sie ist in diesem Umfang von niemanden vermutet worden. Sie ist aber die eigentliche Ursache für den Grab des nationalsozialistischen Antistes, der sozial Aufsehen erregt hat. Aus dem Heer der Nichtwähler konnten die Nationalsozialisten bei Antritt der Wahlteilnahme 40 000 Stimmen gewinnen. Das ist ein Gewinn. Weitere 70 000 Stimmen sie leicht gewinnen bei einer Halbierung der bürgerlichen Parteien. Wenn sie jetzt darüber hinaus noch weitere 40 000 Stimmen gewonnen haben, so daß ihr Gesamtgewinn 150 000 (= 15 Prozent) beträgt, so bildet den Grund dazu fast völlige Auflösung der bürgerlichen Parteien (das Zentrum immer ausgenommen). Die Deutsche Volkspartei hat fast zwei Drittel, die Staatspartei einschließlich der Nationaldemokraten nur fünf Achtel, der Landbund über drei Fünftel der Stimmen verloren, und auch die deutschnationalen Parteien müssen noch 10 Prozent abgeben, obwohl sie auf eine Verdreifachung ihrer Stimmen gegenüber der Reichstagswahl gerechnet haben.

Trotzdem ist das Ziel der Nationalsozialisten nicht erreicht worden. Sie haben die annähernd 300 000 Stimmen auf Kosten ihrer bürgerlichen Nebenbuhler erreicht. Ihr Traum war es aber, nicht nur 300 000 Stimmen für Hitler zu holen, sondern obendrein dann noch mit Hilfe von Hugenberg und übrigen Parteien der Sarabund der Inflationenfront eine absolute Mehrheit zu haben. Diese Hoffnung ist zunichte geworden. Die deutschnationalen haben trotz ungeheurer Geldaufwands für den Wahlkampf nur 10 000 Stimmen mit sich und Kraft behauptet.

Die Sozialdemokratie hat in dem schweren Zweifrontenkrieg gegen Faschismus und Kommunisten im Landesdurchschnitt doppelt so viel wie in Hamburg (20 Proz.) verloren. Am besten hat sich Oberhessen gehalten. In Oberhessen und Starzungen verloren wir nur 16 bzw. 14 Prozent. Im Kreis Gießen konnte die Sozialdemokratie ihre Stimmzahl sogar noch um 25 Prozent vermehren. Landkreise mit ausgesprochen kleinstädtischer Bevölkerung, wie Weisched und Bidingen, weisen nur minimale Verluste auf. Ein Zeichen, daß die Arbeit auch unter der Bauernschaft sich lohnt. Im Kreis Bidingen ist diese Arbeit von der Jugend der Partei mit Schärfe und Ausdauer betrieben worden, die von dem Wahlergebnisse trefflich belohnt wurde.

Die eigentliche Schlange erfährt die Sozialdemokratie in Rheinhesen, wo die Partei fast 28 Proz. ihrer Stimmen verlor. Das danken wir der Wählerarbeit der SPD, die in Rheinhesen ihren Hauptort hat, und die von Mainz ausgehend alles getan hat, um das Ansehen der Partei zu untergraben. Es hat sich für die Weimarer Front selber nicht gelohnt. Auf den Krüden der SPD, mit der sie in Verbindung stand, schloß sie sich mit einem Mandat in den Landtag. Von dem sozialdemokratischen Verlust bekam sie noch nicht ein Fünftel. Alles andere schnappte die SPD. Besser kann es nicht ausfallen werden, daß die SPD kein „Aufgang“ für Unzufriedenheit ist, sondern nur Zutrittsbescheinigung für die SPD liefert.

Und was wird nun werden? Das Zentrum hat keine ausschlaggebende Rolle gespielt. Durch den Zuwachs von 8 Prozent, der ungeachtet der verstärkten Wahlbeteiligung eintrifft, hat es auch keine moralische Stellung noch verbessert. Die Nationalsozialisten können in Hessen nicht an die Regierung kommen, es sei denn, daß sie mit dem Zentrum die Macht teilen, was für sie Bedingungen schließt. Die Neuwahl des Staatspräsidenten muß nach der heftigen Verfassung mit absoluter Mehrheit erfolgen. Kommt keine Verständigung zwischen NSDAP und Zentrum zustande, so ist die Neuwahl des Staatspräsidenten unmöglich. Ohne positives Zusammengehen, d. h. ohne Klärung über die Verteilung der Ministerien und den sachlichen Kurs gibt es also keine nationalsozialistische Regierungsbeteiligung.

Würde also die Regierung Adenauer-Deininger vom Kommunistenblock mit vereinten Kräften gestürzt werden, so müßte sie entsprechend den Bestimmungen der Verfassung solange die Geschäfte weiter führen, bis eine absolute Mehrheit für die Wahl eines Staatspräsidenten im Landtag zusammenkommt. Die Lage wäre dann ähnlich wie in Oldenburg, Sachsen und Bayern. Es liegt auf der Hand, daß dieser Zustand auf die Dauer nicht geht. Wohl aus diesen Gründen dürfte das Zentrum, wie aus den bisherigen offiziellen Äußerungen hervorgeht, die Nationalsozialisten so ernsthaft vor die Frage eines Zusammengehens stellen. Eine harte Nuß für beide Teile, denn sie bedeutet: entweder stimmt das Zentrum für einen Inkretionskandidaten oder umschließt die NSDAP für einen „schwarzen“ Staatspräsidenten. Die Angelegenheit beginnt interessant zu werden; denn im Mittelpunkt des Kampfes steht das Innenministerium. Wie nach dem 14. September 1930 im Reich, haben die Nationalsozialisten auch in Hessen lediglich ein Interesse an den Ministerien, die die Beherrschung über die Exekutive des Staates ermöglichen. Auf deutsch: sie wollen nur Polizei und Verwaltung in die Hand bekommen. An der praktischen Arbeit für die Bauern und den Mittelstand vom Arbeits- und Wirtschaftsministerium oder gar dem Finanzministerium aus haben sie kein Interesse. Sie wissen, warum. Das hoch ihrer Führer und Spitzenkand-

Freistaat Baden

Verleumdung als Lebensbedürfnis

Eine gemeine Leistung der Nationalsozialisten gegen die Gewerkschaften

Die Harzburger Tagung, bei der Hitler, Hugenberg und Selbde in trauriger Gemeinschaft mit den rückständigsten Scharfmachern zusammen saßen, hat in weiten Kreisen Aufklärung darüber geschaffen, daß hinter der nationalsozialistischen Bewegung nichts anderes als die Sozialreaktion steht. Die Nationalsozialisten haben daher das Bedürfnis, sich gegen die scharfen Anwürfe aus ihren eigenen Reihen zu wehren. Da sie jedoch die Aufgabe von Harzburg nicht bestritten können, suchen sie ein Ablenkungsmanöver durch eine neue Hege.

Zu diesem Zweck bemüht sich der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Gregor Straßer in einem Artikel „Sozialreaktion“ in nationalsozialistischen Führer mit allerhand Redensarten die Nationalsozialisten von dem Vorwurf der Sozialreaktion reinzuwaschen, wobei ihm allerdings der vielsagende Satz entfällt, daß gewerkschaftlicher Klassenkampf nicht gebildet werden dürfe. Als charakteristisch für die Einstellung der Nationalsozialisten zu den Gewerkschaften ist jedoch folgende Erklärung Straßers gegen die Behauptung, eine nationalsozialistische Regierung sei gegen den deutschen Arbeiter gerichtet und als Sozialreaktion zu betrachten:

„Wenn das die marxistischen Gewerkschaften sagen, lassen wir; denn der Marxismus hat seit dem ersten Tag seines Bestehens nur ein Ziel mit unerhörter Brutalität verfolgt, die Kraft der Nation zu lähmen und zu zerstören, die Armee und den Wehrgeist zu vernichten, die im alten Staat vorhandenen wertvollen Kräfte lauberezer Verwaltung und eines unbestechlichen Beamtentums ebenso zu zerstören, wie Fleiß und Fortwärtkommen des deutschen Arbeiters, Handwerkers und Bauern. Dadurch ist ja Versailles und London, Poincaré und französische Hegemonie erst möglich geworden, dadurch Deutschland und der deutsche schaffende Mensch zu einem willenlosen Ausbeutungsojekt internationaler Bankiers degradiert worden.“

Eine gemeinere Leistung gegen die Gewerkschaften als diese ist uns kaum noch zu Gesicht gekommen. Herr Gregor Straßer, der Vertreter einer Partei, die seit Jahr und Tag und Nacht nichts anderes treibt, als das deutsche Ansehen zu untergraben und planmäßig jede außerpolitische Aktion Deutschlands zu zerstören, erlaubt sich, dem „Marxismus“, in der Sprache der Nationalsozialisten, den Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Partei vorzuwerfen, sie würden die Kraft der Nation zu lähmen und zu zerstören, sie hätten die Armee und den Wehrgeist vernichtet, sie hätten eine laubere Verwaltung zerstört. Im Namen der Millionen gewerkschaftlicher Arbeiter, die im Kriege für die Verteidigung Deutschlands ihr Leben ließen oder zerstückelt wurden, im Namen der Millionen deutscher Arbeiter, die heute zur Aufrechterhaltung des deutschen Staates unermessliche Opfer allgemeiner politischer, sozialpolitischer und lohnpolitischer Art bringen, protestieren wir heftig gegen diese unerhörte Herabsetzung der Gewerkschaften, wobei wir sicherlich auch im Namen der „nichtmarxistischen“ Gewerkschaften sprechen können; denn Gregor Straßer ist nicht, mit einiger Umschreibung auch die christlichen nationalen Gewerkschaften in gewissem Sinne mit diesen Anklagen zu verbinden.

Gegenüber jenen gemeinen Verleumdungen gibt es eigentlich nur eine Antwort: Niedriger hängen! Die Arbeiterschaft aller Richtungen kann jedoch aus dieser Erklärung Straßers, mag er sie auch noch so sehr zu überlegen suchen, schließen, wie die Nationalsozialisten über die Arbeiterschaft denken und muß daraus die notwendigen Schlüsse über Charakter und Gesinnung der Nationalsozialisten zum Gebanten des Aufstiegs der Arbeiterschaft ziehen.

Der Vorstand der Bad. Landwirtschaftskammer hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, in Hinblick auf die wirtschaftliche Notlage in diesem Jahre die Herbstvolversammlung ausfallen zu lassen.

Kein italienischer Strafantrag gegen Antifaschistenflugzeug

Die unnützen „Bemühungen“ des Konstanzer Oberstaatsanwalts

Wir aus Rom gemeldet wird, teilt die italienische Regierung mit, daß sie keinen Antrag auf Strafverfolgung der in Konstanz verhafteten antifaschistischen Flieger gestellt habe und auch keinen Antrag stellen werde. Sie sei an dem Prozedereverfahren gegen die Flieger desinteressiert.

Die Flieger werden sich nur wegen Vergehens zu verantworten haben. Der geschäftige Konstanzer Oberstaatsanwalt hat sich also in seiner Geschäftigkeit zum Schutze von Mussolinis Faschismus umsonst bemüht, noch päpstlicher als der Papst zu sein.

Warum so eilig, Herr Führer?

Der Führer des badischen Zentrums, Landtagsabgeordneter Dr. Föhr, sprach dieser Tage in Freiburg in einer Zentrumsversammlung zur Konfordsfrage in Baden. Die Regierungserklärung vom 14. Januar 1930 habe den Abschluß von Verträgen mit der katholischen und evangelischen Kirche in Baden im Laufe dieser Budgetperiode angekündigt. Da sie am 1. April ablaufe, dürfe man wohl erwarten, daß die Regierung sich demühe, die Ankündigung nunmehr bald zu verwirklichen, der Regierungswechsel im Sommer und der darauffolgende Wechsel im Unterrichtsministerium hätten die Erledigung dieser Frage verzögert.

Der ganzen Sprechweise des Herrn Föhr nach mußte man den Eindruck gewinnen, daß Herr Föhr im jetzigen Augenblick keine größere Sorge kennt, als das Konfordat. Wenn die Sozialdemokratie — wie Preußen beweist — auch keine prinzipielle Gegnerin von Verträgen zwischen Staat und Kirche ist, sondern der Inhalt solcher Verträge maßgebend für die Einstellung dazu ist, so sind wir doch mit der Mannheimer Volksstimme der Auffassung, daß vom Inhalt ganz abgesehen, der Zeitpunkt, der für die Konfordsverhandlungen gewählt wird, für diese wirklich nicht der geeignete ist, und fragen uns, ob nicht durch die Aufrollung dieser, die konfessionellen Leidenschaften auf allen Seiten aufwühlenden Frage, zu einem nicht angelegneten, auch so genau mit Sprengstoffen geladenen Moment mehr Schaden anrichtet, mehr Beunruhigung, Besorgnis und Zerrüttung in die Bevölkerung getragen wird, als daß sie deren Inangriffnahme für rätlich ansehen könnte. Alle Dinge haben ihre Stunde: die gegenwärtige Stunde hat andere, wichtigere Aufgaben, wie uns wohl auch verständnisvolle Zentrumstreue ausgeben werden.

Die Ferien an den höheren Schulen sind vom Unterrichtsministerium für das Jahr 1932 wie folgt festgelegt worden: Die Weihnachtsferien 1931/32 beginnen am 24. Dezember und endigen am 6. Januar. Die Osterferien 1932 nehmen ihren Anfang am 21. März und finden am 9. April einschließlich ihr Ende, die Pfingstferien dauern vom 14. Mai bis 21. Mai einschließlich und die Sommerferien beginnen am 1. August und endigen am 10. September einschließlich. Am letzten Schultag vor den Weihnachtsferien und Sommerferien sind die vier ersten Unterrichtsstunden in vollem Umfang zu erteilen. Auswärtige Schüler dürfen, damit sie am gleichen Tage ihren Heimatsort noch erreichen können, von der Direktion auf einer früheren Stunde entlassen werden. Die Weihnachtsferien sind in der Woche vom 14. bis 19. Dezember auszubüden; die übrigen nach Schluß der 4. Unterrichtsstunde des letzten Schultages. Am letzten Schultag vor den Osterferien ist die vorgeschriebene Schlußfeier abzuhalten. Für eine etwaige unangenehme Verlegung der Schlußfeier auf den vorhergehenden Tag ist jeweils im Einzelfalle rechtzeitig um Genehmigung nachzusuchen.

Zur Aufnahme von Schülfern in die Klasse Sexta der höheren Schulen hat der Unterrichtsminister an die Direktionen der höheren Schulen sowie an die Schulbehörden der Volksschulen einen Erlaß gerichtet, wonach als Tag der Anmeldung für die Schüler, die auf Beginn des neuen Schuljahres 1932/33 in die Klasse sechs der höheren Schule eintreten wollen, der 11. Januar 1932 festgelegt wird. Am möglichst frühesten Tag für die Klassenbildung erfordern die Direktionen der Volksschulen, haben die Direktionen zum 20. Januar zu berichten, wieviele Schüler angemeldet wurden und wieviele unterste Klassen voraussichtlich eingerichtet werden müssen. Für die Aufnahmeverfahren der 15. Februar und erforderlichenfalls die folgenden Tage bestimmt.

Spannraumnahme von Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenfürsorge liegt in der ersten Novemberhälfte um 5082 Hauptunterstützungsempfänger oder um 3,8 Proz. auf insgesamt 139 481. — Im einzelnen war der Stand an unterstützten Arbeitslosen am 15. November folgender: In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenversicherung 75 097 Personen, in der Arbeitslosenfürsorge 64 384 Personen. Der Gesamtstand der Unterstützten liegt um 5 082 von 134 399 auf 139 481 Personen (114 881 Männer, 24 609 Frauen); davon kamen auf Württemberg 58 870 gegen 56 039, auf Baden 80 611 gegen 78 360 am 31. Oktober 1931.

Notstandsarbeiten in Basel

Das Baseler Baugewerbe hat einen stärkeren Rückgang erfahren, als es in dieser Zeit sonst üblich ist. Man will daher in den kommenden Wintermonaten die produktive Arbeitslosenfürsorge etwas energischer betreiben. Neben dem Bau der neuen Brücke über den Rhein beim Rheinhafen St. Johann beschließt man den Bau eines Kunstmuseums für 7,4 Millionen Franken. Ferner soll eine neue große Turnhalle gebaut und die Mietwohnungen in der Bell- und Pflanzengasse Friedmann erweitert werden. Der Regierungsrat hat einer Reihe von Entwürfen zugestimmt, deren Ausführung etwa 8 Millionen Franken kosten werden.

Kurzarbeit in der Sowjetunion

Moskau, 24. Nov. Der Volkskommissariat der Sowjetunion hat folgendes Dekret erlassen: Obwohl die ununterbrochene fünfjährige Produktionswoche als Hauptform der Organisation der Arbeit in der Sowjetunion gilt, wird gewissen Betrieben zur Befreiung bei der Durchführung der ununterbrochenen Woche entlassener Mängel erlaubt, vom 1. Dezember an zeitweilig zur ununterbrochenen Sechstageswoche überzugehen. Bei der ununterbrochenen Arbeitswoche müssen jedoch solche Betriebe bleiben, die für die Bedienung ununterbrochen arbeitender Betriebe errichtet sind und auch der Betriebsleitung kultureller oder sozialer Bedürfnisse der Bevölkerung dienen: Genossenschaftsläden, Spielhäuser, städtisches Transportwesen usw. In Betrieben, die zur sechsstägigen ununterbrochenen Woche übergehen, wird als gemeinamer Rubel der 6., 12., 18., 24. und 30. jeden Monats festgelegt. Gleichzeitige wird der Arbeitstag in diesen Betrieben von 6,5 Stunden auf 6 Stunden verkürzt.

Ein Schreckensurteil

Leipzig, 23. Nov. Im Landesverwaltungsprozess gegen den Herausgeber der „Weltbühne“, v. Döbner, und den Journalisten Walter Kreier, als Verfasser des Artikels „Widnes aus der deutschen Luftschiffahrt“ wurden beide Angeklagten wegen Verrats militärischer Geheimnisse zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis und zur Tragung der Kosten verurteilt.

Für die Verkündung der Urteilsverkündung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen, da sie eine Gefährdung der Staatssicherheit befürchten lasse.

Der Arbeitsmarkt in Südwestdeutschland

Im Bezirk des Landesamtes Südwestdeutschland ist in der Zeit vom 1. bis 15. November die Gesamtbeschäftigung des Arbeitsmarktes um 13 419 oder 5,1 Proz. auf 262 358 verkümbare arbeitssuchende Personen gestiegen, davon waren 249 197 als arbeitslos anzuzählen. — Das Anwachsen der Unterlückungszahl blieb, wie in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit immer in der ersten Monatshälfte, hinter der Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zurück. Die

Gewerkschaftliches

Bundesausschuß des ADGB einberufen

Berlin, 24. Nov. (Funkdienst.) Der Bundesausschuß des ADGB ist für Mittwoch nach Berlin einberufen. Er wird sich in erster Linie mit den neuen Lohn- und wirtschaftspolitischen Leitlinien der Reichsregierung befassen.

Der Hafentreib in Duisburg

Duisburg, 24. Nov. (Funkdienst.) Der Streik der Hafenarbeiter und Kranmalchinsten im Duisburg-Ruhrorter Hafen kann als beendet betrachtet werden. Die Verhandlungen zwischen den zuständigen Instanzen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer lassen die Erwartung zu, daß die Arbeitnehmer heute die Arbeit geschloffen wieder aufnehmen.

Treue Verbandskollegen

Der Deutsche Metallarbeiterverband hatte auf Samstag, 21. November seine Jubilare, die in diesem Jahre 25 und mehr Jahre dem DMB angehören, zu einer schlichten Feier im Volkshaus Karlsruhe eingeladen. Galt es doch, wieder 75 Kollegen und eine Kollegin für ihre Treue zum DMB zu ehren. Nach einleitendem Grußwort ergriff Kollege Schulenburg, Geschäftsführer der Verwaltung Karlsruhe, das Wort, um den Jubilaren den Dank der Verwaltung auszusprechen. Er betonte, daß der heutige Tag eine kleine Entschädigung bringen solle für all die Opfer, die die Kollegen in den 25 Jahren dem DMB gebracht haben. Er wünschte ihnen und ihren Frauen, die mit dazu beigetragen haben, dies alles zu vollbringen, daß doch endlich der Tag komme, wo diese Treue belohnt werde. Kollege Kluge überreichte dann den Jubilaren die Ehrenurkunde mit der DMB-Kabel.

Kollege Schlieffert vom Hauptvorstand Berlin überbrachte die Grüße und Glückwünsche, aber auch zugleich den Dank des Hauptvorstandes an die Jubilare und führte in kurzen Worten den Kollegen all das Schwere, das sie in den 25 Jahren mitgemacht haben, vor Augen. Schwer waren die Kämpfe, aber noch schwerere Kämpfe stehen uns bevor, wenn nicht bald das geschieht, was wir alle hoffen, nämlich die geschlossene Einheit der Arbeiterschaft. Auch betonte der Redner, daß heute Kräfte am Werk sind, um all dies zu verhindern. Aber an dem Bollwerk und dem festen Gefüge des DMB sollen alle Anstrengungen der Feinde zuschanden werden.

Kollege Erb überbrachte die Grüße und Glückwünsche des ADGB und wünschte den Jubilaren eine schönere Zukunft. Kollege Bisjaf sprach im Namen der Jubilare den Dank an die Verwaltung

lung Karlsruhe sowie an den Hauptvorstand aus und betonte, daß nur der Glaube und die Ueberzeugung uns den Weg zum Verband führte, auch wollen wir heute erneut das Gefäß abgeben, daß wir unsere Pflicht bis zum Tode erfüllen! — Es folgte dann abwechselnd vom Gesamtverband, Kollege Groß vom DMB und der Kollege Käfer DMB in hervorragender Weise beteiligten. Alles in allem: auch diesen Abend werden die Kollegen mit ihren Frauen nicht verpassen. War man doch, wie Kollege Schulenburg betonte, in einer großen Familie einige vergnügliche Stunden beisammen. Den Alten zur Ehr, den Jungen zur Lehr!

Skandalöse Zustände der Lehrlingsfrage im Malergewerbe!

Es ist schon des öfteren in der Öffentlichkeit auf das Verfallensschicksal im Malergewerbe hingewiesen worden. Das Malergewerbe leidet unter der heutigen Wirtschaftskrise besonders schwer. Sänat doch die Beschäftigungslosigkeit im Malergewerbe bis zu 80 Prozent von dem Wohlstand des Volkes ab. Zur Zeit sind 95 Prozent der Malergehilfen arbeitslos. Das aber diese trostlosen Zustände durch die eigene in Frage kommenden Berufsangehörigen die Malermeister, noch verschärft werden, ist ein Verbrechen am Gewerbe. Obwohl es den beiden in Frage kommenden Wirtschaftsorganisationen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer, gelungen ist, die Lehrlingsquoten herabzusetzen, ist es doch keine Seitenbei, daß in den Malergewerbetrieben noch drei bis vier, in einzelnen Betrieben noch mehr Lehrlinge beschäftigt werden. Wie wirken sich nun solche Zustände aus? Im Sommer ist die Arbeitszeit für Lehrlinge täglich 10 bis 12 Stunden und dafür erhalten sie die fürstliche Entschädigung wöchentlich 3, 6, 9, 12 M. Kommen nun die Wintermonate heran, so schickt man die armen Jungen unbesümmert um den Lehrvertrag monatlang nach Hause. Alle im Sommer recht lange Arbeitszeit, um die Lehrlinge auszubilden, und im Winter schickt man sie in den Winterschlaf, und überläßt sie ihrem Schicksal. Mit welcher Raffinesse die einzelnen Meister heute vorgehen, um ihre Lehrlinge im Winter los zu werden, um sich vor der Entschädigung zu brüden, zeigt ein Fall, der am 18. November vor dem Handwerksgericht Karlsruh verhandelt wurde. Der Malermeister Otto Epple, Karlsruh, hat zwei Lehrlinge, der eine ist im letzten Halbjahr und der andere im zweiten Lehrjahr. Nun geht der Handwerksmeister her und stellt an die Handwerksammer Karlsruhe das Ersuchen, dem ersten wolle er ein halbes Jahr schenken und dem zweiten und hierzu hätte, wie er dem Handwerksamt ihre Zustimmung geben wollen, die Handwerksammer hat allerdings etwas anderes ergeben. So wie dieser Fall liegt, sind Dutzend andere. Wie weiter aus den vielen Arbeitsgerichtsverfahren zu erleben ist, werden nicht einmal die

wöchentlichen Entschädigungen gezahlt. Hier geben die Beträge bis in die Hunderte von Mark, die einseitig werden müssen und letzten Endes kommen die armen Lehrlinge durch feuchtselige Pfändung um ihr sauer verdientes Geld. Sind diese Zustände nicht himmelschreiend? Sind denn unsere Proletariatskinder der Freiheit wild für die Handwerksmeister? Es möge gesagt sein, daß es auch reelle Gehälter gibt, die ihre Lehrlinge menschenwürdig behandeln, aber diese Wenigen müssen ja unter solchen Umständen zu Grunde gehen. Die Frage ist zu stellen, findet sich hier keine Behörde, die diesem ungelunden Zustand Einhalt gebietet? Wo sind hier Handwerkskammern, Gewerbeaufsichtsbehörden, Gewerbeämter und zuletzt die Annungen? Sollten nicht gerade die Annungen ebenfalls mit helfen, diese Zustände zu bekämpfen? Oder wollen sie mit offenen Augen zusehen, daß durch ihre eigenen Herren Kollegen dem Gewerbe der Todesstoß verleiht wird.

Weiter ist die Frage zu stellen, was sagen die Arbeitsunruhen in solchen Zuständen? Es kann ihnen doch sicher nicht gleichgültig sein, wie ihr Geld, das sie doch sicher im Interesse des Wirtschaftslbens ausgeben, so einseitig verbraucht wird. Wäre es nicht, das empfehlen, bevor sie ihre Aufträge herausgeben, sich auch über das Gehalt zu erkundigen. Die unterzeichnete Organisation fordert daher alle Eltern sowie die Öffentlichkeit auf, sie in der Bekämpfung solcher Zustände zu unterstützen und jeden Fall, der bekannt wird, ihr zu melden, damit für Abhilfe gesorgt werden kann.

Verband der Maler, Lackierer, Tüncher usw. Deutschlands, Hiltale Karlsruhe, Schützenstraße 16.

Schiedspruch verbindlich erklärt. Der Schlichter für Westfalen hat am Samstag den Schiedspruch für die Hafenarbeiter Duisburgs verbindlich erklärt. Da der Schiedspruch einen Lohnabbau von 5 1/2 % vorsieht, waren die Hafenarbeiter in Streik getreten. Er muß jetzt, damit Regereinsprüche nicht geltend gemacht werden können, abgebrochen werden.

Veranstaltungen

Hand-Morgenfeier des Bad. Kammerorchesters. Unter Leitung von Konzertmeister Josef Reißer veranstaltet das Bad. Kammerorchester am Sonntag, den 6. Dezember, vormittags 11 1/2 Uhr, im Konzertsaal der Bad. Hochschule für Musik eine Hand-Morgenfeier und leitet damit gewissermaßen die Gedächtniskonzerte des Hand-Jahres ein. Das ist so hervorragend gelagert wie Konzertmeister Reißer vor allem dem Streicherführer seines Orchesters in eine außerordentliche Disziplin zwingt, ist fast Selbsterfindungsfähigkeit; trotzdem nötigen die dinstägigen Ausdruckskraft und die mit besonderer Leidenschaft erzielte Präzision des Orchesterklanges immer wieder zu höchster Aufmerksamkeit. Der Hand-Morgenfeier, deren Programm neben zwei der schönsten Sinfonien des Meisters und einem Variationenwerk noch ein hier noch nicht aufgeführtes Streichquintett enthält, darf man daher mit höchstem Interesse entgegensehen.

EMPFEHLENSWERTE SPEZIAL-FIRMEN



Siemens 35
der Europaempfänger
(doppelte Endampfung)
Preis einschl. Röhren
für Wechselstrom RM 216
für Gleichstrom RM 235

Riesenskala
macht den Empfang leicht

Unverbindliche Vorführung
u. Prospekte in jedem guten
Radio Spezial-Geschäft



**Arbeiter
Angestellte u. Beamte**

Die eigenen Betriebe der Genossenschaften
und der von diesen gebildeten Großhandels- und
deutscher Konsumvereine

befreien uns vom Preiszwang
der Kartelle und Syndikate. Deshalb maß
jeder Werktätige einer Konsumgenossen-
schaft beitreten
und insbesondere nur die hier erhält-
lichen Erzeugnisse mit der Marke **GEG** wählen

Lebensbedürfnisverein Karlsruhe, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Baden-Baden, e. G. m. b. H.
Bezirkskonsumverein Bretten, e. G. m. b. H.
Konsumverein für Durlach und Umgebung, e. G. m. b. H.



PROTOS

Doppelt so sauber

wird Ihre Wohnung, wenn Sie den PROTOS-Staubsauger verwenden. Denn er hat einen doppelten Filter: den äußeren gegen den groben Staub, den inneren gegen den feinen; er hält also wirklich allen Staub im Kessel zurück.

SIEMENS-SCHICKERT-ERZEUGNISSE
Überall im Einzelhandel

**Städtische (Öffentliche)
Sparkasse**

Baden-Baden
Ämliche Hinterlegungsstelle

Leipheimer & Mende

Das Spezial-Geschäft
für Herren- und Damenstoffe,
Wäsche- u. Haushaltsgüter

Besucht das

Volkshaus
Schützenstraße 16

Im Ausschank das bekannte und beliebte

Moninger Bier
Angenehmer Aufenthalt

Natürliche Mineralbrunnen
des Jb- und Auslandes zu Kurwecken und als tägliches
Trinkgetränk in allen Preislagen

Bahn & Bassler
Karlsruhe in Baden, Rinkel 30, Telefon 255
Freiburg i. Br., Gogerhausstraße 19, Tel. 2967
Gegründet 1887

Hch. Langendörfer Walzenmühle, Weingarten (Baden), Telefon 19
empfehlen neben seinen Weizen- u. Roggenmehlen **Spezialmehle** wie Kommmismehl, Weizenschrot, Roggenschrot

**TRINKT
MEHR MILCH!**

August Schailer / Karlsruhe
Fabrik: Roonsstraße 24 / Lagerplatz: Klauereckstraße 9
Fernsprecher 435 Gegründet 1875
Fenster-, Türen- u. Möbellfabrik, Glaserei, Schauensteranlagen, Ladeneinrichtungen

**Drogerie Wilhelm
Tscherning**
Sche Amalien- und Karlsruh, Fernsprecher 519
Mitglied der Rabaltparagruppe.

Ihre Damenhüte kaufen Sie gut und billig bei **Geschwister Gutmann**

Aus dem Gerichtssaal

Die Erbschaft des „Fürsten vom Hanauerland“

Ein Spritschieberprozeß. — 20 Angeklagte. — Verhandlungsdauer mehrere Tage. — Der Auf- und Abstieg eines angeblichen Wirtschaftsführers.

Mit dem Tode des eigentlichen Hauptschuldigen dieses Prozesses, der leider nicht mehr zur Verantwortung gezogen werden kann und dem nachfolgenden Zusammenbruch aller von Ernst Kiefer ins Leben gerufenen zahlreichen Unternehmungen im ganzen Badner Land und der Pfalz kamen erst die großen Schiebungens Angelegenheiten, die nunmehr die Mittelpunkt einer der größten Spritschieberverfahren bilden werden, wegen deren sich 20 Schnapsbrenner, Weinschänker aus Baden und der Pfalz in den nächsten Tagen vor dem Offenburger Schöffengericht zu verantworten haben.

Auch in Karlsruhe befand sich ein wichtiger Knotenpunkt der groß aufgezogenen Kiefer'schen Unternehmungen aus der Blütezeit seines Aufstieges der Jahre 1923/24 in der Krauerstraße, wo die ehemals Patronenfabrik genannten Karlsruher Industriewerke an die Tabakbau- und Verwertungs-Gesellschaft einen Teil ihrer Geschäftstätigkeiten zur Einlagerung des Tabaks und zur Fermentierung (Gärung) verpachtet hatte, und wo man fälschlich Wagen auf Wagen dort vorfahren sah, die die Ernte aus der Friedrichstaler und Grabener Gegend zur Einlagerung ablieferen, das Geld aber schuldig blieben. Schon lange ist der Tabakgeruch und damit der Geruch dieses ungekrönten Fürsten des Hanauerlandes, wie ihn der Volksmund nannte, verschwunden.

Nun tauchen jetzt wieder Bilder aus der unruhlichen Weltkrisis, Separatisten- und Inflationzeit auf, worüber wir damals, als ein Unternehmen nach dem anderen der groß aufgezogenen Kiefer'schen Unternehmungen zusammenbrach, ausführlich berichtet haben. Als Folge der zahlreichen Zusammenbrüche sei nur kurz an den großen Prozeß erinnert, der zur Verurteilung der Inhaber der bekannten Weingroßhandlung Gebrüder Weß führte. Und so wurde eine ganze Anzahl anderer Brenner und Weinhandlungen mit in den Strudel gerissen, deren Inhaber ihr gesamtes Vermögen durch Kiefer verlieren mußten.

Man schätzte das Gesamtvermögen des „Fürsten von Hanau“ auf mindestens 10 Millionen Reichsmark und man wußte, daß Kiefer außerdem noch ca. 5 Millionen Schweizer Franken in einem Depot in einer Züricher Bank liegen hatte.

Mit dem nachgelagerten Elend unterließ Kiefer dank seiner Beziehungen zu einflussreichen französischen Regierungsmännern

regem Verkehr. Er besaß in Straßburg ein eigenes Anwesen, welches im Gegensatz zu anderen deutschen Reichsangehörigen nicht der Beschlagnahme verfiel. Einen Rückhalt hatte er an seinen dort wohnenden Angehörigen, da dessen Schwiegereltern in dem Straßburger Krankenhaus als Professor einen guten Ruf genoss, der sich aber nach Bekanntwerden der groß angelegten Schiebungens seines Schwiegervaters aus Scham das Leben nahm.

Der Größenwahn Kiefers

Um seine angeblich ausgezeichnete Vermögenslage auch nach außen hin zu dokumentieren, hatte Kiefer es verstanden, lange Zeit seine Umgebung zu täuschen. Er führte ein großes Haus, hatte ausgedehnte Jagden in der Kehler Gemarkung. Für den Empfang der Gäste hielt er sich Diener in Livree. Auch ließ er es sich nicht nehmen, bei Hochzeiten oder Kindtaufen in Kork anlässlich der Konfirmation der Kinder besondere Geschenke an die Angehörigen zu verteilen. Wenn irgend ein Bäuerlein in geldlichen Nöten war, ging er zu dem Millionär Ernst Kiefer, der ihm bereitwillig das benötigte Geld vorstreckte und wehe dem fröhlichen Beobachter, der sich während in irgend einer landwirtschaftlichen Bauernversammlung über den Aufwand Kiefers äußerte, den er trieb. Unweigerlich wurde er vor das Amtsgericht geladen und ein hartes Urteil erging.

Erst die nun kommende Gerichtsverhandlung wird wohl Klarheit über den Umfang der Spritschieberaffäre bringen, zu dessen Dauer mehrere Tage angelegt sind. Die 20 Angeklagten werden von einigen bedeutenden Rechtsanwältinnen verteidigt.

Schmuggel

In allen Grenzbezirken wird gegenwärtig stark geschmuggelt. Die allgemeine Not verleitet zu diesem „Unternehmen“, um aus dem Verkauf einen Gewinn zu schlagen. Schmuggler und Käufer aber machen sich schwer strafbar. Ohne die Nebenstrafen beträgt die Strafe zur Zeit für einen Schmuggelnehmer Züchtung 900 Mark. Kaffee, Tabak usw. sind ebenso „belastet“. Aber auch die Steuer an sich ist schon hoch; die Steuer für einen einzigen Stumpfen kostet über 1 Mark. — In Singen a. S. haben vor einiger Zeit mehrere Personen wegen Schmuggels bzw. Kauf von Schmuggelgut Strafbefehle bis zu 800 Mark erhalten und auch bezahlt. Nur ein Metzger erkannte den Strafbefehl nicht an, weil er angenommen haben will, weil er 1,50 Mark für das Pfund Kaffee bezahlt habe, rechtlich erworbenen Kaffee gekauft zu haben. Das aber glaubte ihm das Gericht nicht. Das Urteil lautete wegen Steuerdelikt auf 594 Mark Geldstrafe und 148,50 Mark Verierloß, plus den Gerichtskosten. Da war der Strafbefehl von 800 Mark noch etwas billiger.

Kleine badische Chronik

Eine Bluttat

Neuenburg, 23. Nov. Nach vorausgegangenem Wortwechsel schon am Samstagabend der 18 Jahre alte Arbeiter J. Kemetter von Neuenburg den 24 Jahre alten verheirateten Arbeiter J. Trapp von Steinmetz, Vater von zwei Kindern, mit einer Pistole in den Leib und verletzte ihn so schwer, daß Trapp gestern vormittag in der Chirurgischen Universitätsklinik Freiburg, wohin er verbracht worden war, gestorben ist.

Zu der Bluttat in Neuenburg werden noch folgende Einzelheiten bekannt. Der Täter Johann Kemetter ist der Sohn des Eisenhändlers Joseph Kemetter von hier, bei dem der Arbeiter Johann Trapp in Stellung war. Kemetter und Trapp, sowie der Schwager des Letzteren saßen zusammen in der Wirtschaft, als es zum Streit kam. Vor der Tür wurde dann der Wortwechsel fortgesetzt, wobei der Schwager des Trapp sich bemühte, die Streitenden zu trennen. Trapp, der als gewalttätiger Mensch gefürchtet war und von dem bekannt war, daß er auf dem Kadobfeller Pferdemarkt vor gar nicht allzu langer Zeit ohne viel Federlesens einen Mann niedergestochen hatte, drohte nun, heute Nacht müsse noch einer dran glauben, worauf Kemetter seinen Revolver zog und Trapp durch einen Leberhieb niederstreckte. Der Schwager des Trapp, der die Streithähne trennen wollte, erhielt einen Schuß in die Hand.

Pferdeauto und Motorrad zusammengefahren

23. Mannheim, 23. Nov. Als am Samstag in der Nähe der „Reifenluft“ ein von der Brücke herabkommender Lieferwagen in die Straße nach dem Hofen einbiegen wollte, kam im selben Augenblick ein Motorradfahrer in schnellstem Tempo um die Ecke und stieß mit voller Wucht gegen den in der Kurve fahrenden Lieferwagen. Beim Zusammenstoß trat der Motorradfahrer so wie er zusammen, der Lieferwagen wurde vollständig zerstört. Der Motorradfahrer, ein junger Mann namens Krämer aus Sandhausen, wurde in bedenklichem Zustand ins Altmelnde Krankenhaus gebracht.

Kind schwer verbrüht

Baden-Baden, 23. Nov. Samstag morgen ereignete sich im Stadtteil Dos ein schwerer Unfall. Das 5 Jahre alte Söhnchen Franz des Schreinermeisters Beiten war bei Nachbarsleuten, die ein Schwein schlachteten, in einen Kessel mit heißem Wasser rüchlings hineingefallen. Das arme Geschöpf zog sich an ganzen Körper schwere Brandwunden zu.

Ein gefährlicher Messerhieb

23. Selbach (Amt Kastatt), 23. Nov. Sonntagabend war der Korbmacher Dinger mit seinem zukünftigen Schwager in Streit geraten. Er wartete auf diesen vor dem Gasthaus zur Krone, um ihm einen Denksattel zu verabreichen. Als bald darauf der an der Streitsache völlig unbeteiligte Malermeister Billian von Gernsbach die Treppe herunterkam, nach Dinner blindlings auf ihn ein, so daß Billian einen Stich in die Brust und mehrere Verletzungen am Oberarm erlitt. Auch der nachfolgende Schreinermeister Guldner aus Gernsbach erhielt einen Stich in die linke Hand. Mittels Autos wurden die Verletzten ins Gernsbacher Krankenhaus verbracht. Der Täter wurde verhaftet und ins Kastatter Gefängnis eingeliefert.

Heidelberg. Im Stadtteil Schlierbach erbängte sich ein erst kürzlich zugezogener 38 Jahre alter Professor. Er hinterläßt Frau und zwei Kinder. Der Grund zur Tat ist unbekannt.

Mannheim. Freitagabend zwischen 6 und 7 Uhr wurde ein 23 Jahre alter Schlosser auf dem Wege von Rheinau nach Friedrichsfeld im Walde, nahe der Babilinie, von einem Unbekannten durch Vordringen einer Schusswaffe zur Herausgabe des Geldes aufgefordert. Der Unerwartete schlug nach der Waffe, wobei sich ein Schuß löste und ihn an der Hand leicht verletzte. Der Täter ist darauf im Walde verschwunden.

Freiburg. Montag früh wurde hier bei Ausgrabungsarbeiten in der Enz unterhalb der Auerbrücke eine Leiche männlichen Geschlechts gefunden. Man wird wohl in der Annahme nicht fehl-

gehen, daß es sich um die Leiche des beim letzten Hochwasser anfangs August von den Fluten mitgerissen und seitdem vermissten Goldschmieds Wilhelm Stahl von Röhlingen handelt.

Forstheim. Gestern morgen wurde auf der Landstraße der 41 Jahre alte Schneider Gottlob Schuemann in schwer verletzter aufgefunden. Er war auf dem Heimweg von Eutingen nach Forstheim von einem Kraftwagen angefahren und zu Boden geschleudert worden. Der Autoführer, der die Scheinwerfer seines Kraftwagens nicht abgeblendet hatte, hatte sich davongemacht, ohne sich im geringsten um den Verunglückten zu kümmern. Dieser wurde mit schweren Kopfverletzungen ins Krankenhaus gebracht.

Seuchenstand vom 15. November. Nach den Mitteilungen der Bezirkärzte wurde am 15. November in 38 Gemeinden von neun Amtsbezirken (darunter insbesondere die Bezirke Heidelberg und Mannheim) die Maul- und Rauhenseuche festgestellt. In acht Gemeinden, die sich auf fünf Amtsbezirke verteilen, herrschte die Schweinepest. Aus Bad-Stadt und Rippensheim bei Badr wird immer noch Mißbrand gemeldet.

Karlsruher Schlachtviehmarkt vom 23. November. Zufuhr 20 Stück Ochsen, Preise 23-27, 26-28, 24-26, 22-24, 21 bis 22. Bullen 49 Stück, Preise 24-25, 21-22, 20-21, 17-20. Röhre 75 Stück 19-24; Färsen 151 Stück 29-35, 21-27. Grobvieh zusammen 295 Stück. Rälber 114 Stück 38-40, 35-38, 19 bis 24; Schweine 970 Stück 43-45, 44-46, 45-48, 42-46, 40 bis 42, 32-38. Gesamtaufuhr 1379 Stück. Beste Qualität über Notiz bezahlt. Tendenz: Bei Grobvieh erheblicher Ueberstand, bei Schweinen und Rälbern geräumt.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Ein neuer Warmluftdurchbruch an der Vorderseite der nordwest-europäischen Zelle führt jetzt zum Zerfall des über Mitteleuropa befindlichen Föhles des großen Hochdruckgebietes. Wir werden daher kühleren über Schwaben erhalten, womit die Trockenperiode in nächster Zeit ihr Ende finden wird.

Wetterausichten für Mittwoch, den 25. November 1931:

Uebertragung vom Westwetter, milder bei lebhaften südwestlichen Winden. Leicht bewölkt, zunächst noch vorwiegend trocken, höchstens im Norden noch strichweise Regen.

Wasserstand des Rheins

Basel 2, aef. 2; Waldshut 194, aef. 4; Schutterinsel 49, aef. 1; Rebl 202; Maxau 363, aef. 8; Mannheim 236, aef. 2; Caub 155, aef. 4 Zentimeter.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 21. November: Elise Hurl, alt 38 Jahre, Ehefrau von Adolf Hurl, Zimmermann (Eitlingen). Maria Deubel, alt 40 Jahre, Ehefrau von Erwin Deubel, Kontrolleur (Waldshut, bei Eitlingen). Johann Weber, Obst- und Gemüsehändler, Chemann, alt 67 Jahre. Beerdigung am 24. Nov., 11.30 Uhr. Hugo Zint, Wertmeister, Chemann, alt 60 Jahre. Beerdigung am 24. November, 13.30 Uhr. Helene Züner, alt 63 Jahre, Witwe von Alth. Züner, Amtsrichter. Beerdigung in Rippurr am 24. November, 15 Uhr. Pauline Kempf, alt 36 Jahre, Kinderpflegerin, ledig. Beerdigung am 24. November, 15.30 Uhr. — 22. November: Christine Kistner, alt 52 Jahre, Witwe von Anton Kistner, Hausmeister. Beerdigung am 24. November, 14 Uhr. Karoline Gabel, alt 52 Jahre, Ehefrau von Eugen Gabel, Berkmeister. Beerdigung am 24. November, 14.30 Uhr. Franz Schmitt, Generalagent, Chemann, alt 63 Jahre. Beerdigung am 24. Nov., 15 Uhr. Rosa Miel, alt 53 Jahre, Ehefrau von Heinrich Miel, Kaufmann. Beerdigung am 24. November, 16 Uhr. Franz Kistner, Rajster a. D., Wirmer, alt 80 Jahre. Beerdigung am 25. Nov., 11.30 Uhr. Elisabeth Flach, alt 59 Jahre, Ehefrau von Otto Flach, Friseurmeister. Beerdigung am 25. November, 14 Uhr.

Als Reinigungsmittel steht zur Hand!

Der neue Verill-Milch-Waschdattel ist wirklich eine ideale Lösung. Jede Frau wird diese praktische Keubel brauchen. Die Wasungen sollen nicht mehr und, der Zusatz wird nicht mehr feucht und die Hausarbeit die Genesende hat jederzeit zurhand mit einem Schlag über dem Spülstein. Für jede Art von Keubel mit 1,70 Mark wirklich nur eine kleine Ausgabe. In allen Haushalten ist der prächtige Waschdattel zu haben.

Gewinnauszug 2. Klasse 38. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

1. Ziehungstag 20. November 1931
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 100000 M. 200731
4 Gewinne zu 5000 M. 254588 395506
10 Gewinne zu 3000 M. 25990 113970 145858 220105 307724
4 Gewinne zu 2000 M. 2823 254585
26 Gewinne zu 1000 M. 10498 22919 52010 52421 51471 52020 221598 222480 233647 290168 348204 375181 381203
46 Gewinne zu 800 M. 51498 100616 103784 110769 114220 178078 211091 211142 230187 236068 234888 276000 280879 285420 291757 298353 298096 319922 330964 331384 344884 392179 393996
48 Gewinne zu 600 M. 19748 29880 31135 36240 53993 104142 168570 225895 238424 251122 259608 268740 280052 285509 287293 291319 292922 300660 311952 321829 323291 327275 362721 363465

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 10000 M. 79399
2 Gewinne zu 5000 M. 36276
8 Gewinne zu 3000 M. 8718 92538 268069 355292
10 Gewinne zu 2000 M. 5408 178837 194079 215063 390217
22 Gewinne zu 1000 M. 477 69696 75700 82822 131632 167850 224376 258628 297769 338995 345090 32657 61656 259098 278598 287292 292719 302090 305994 320189 328963 357116 357138 391520 393302
70 Gewinne zu 500 M. 4881 10571 29618 34793 47095 51359 60041 65783 80677 83635 83991 88890 89994 99700 100050 144921 148891 185879 197116 234569 246374 258586 259056 269765 260011 278883 295935 304377 315710 337322 368686 371238 390384 393323 396754

Gewinnauszug 2. Klasse 38. Preussisch-Süddeutsche Staats-Lotterie. Ohne Gewähr Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die erste und zweite Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag 21. November 1931
An der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

4 Gewinne zu 5000 M. 15322 308334
4 Gewinne zu 2000 M. 355443 362443
30 Gewinne zu 1000 M. 47160 90763 120635 121133 143643 148868 170897 170923 181721 195356 198249 206777 207433 259291 296892
40 Gewinne zu 800 M. 7118 14986 85387 95670 101018 108340 135690 159911 177290 187415 201062 230272 241194 319764 350951 332053 366001 370530 372790 383930
34 Gewinne zu 600 M. 12005 16266 16206 16852 82725 88119 98615 121883 134584 207355 228835 292967 249545 280720 316601 351675 369968

An der heutigen Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 300 M. gezogen

2 Gewinne zu 50000 M. 347019
4 Gewinne zu 10000 M. 247994 264019
2 Gewinne zu 5000 M. 18704
2 Gewinne zu 3000 M. 389110
12 Gewinne zu 2000 M. 90726 131694 238988 243540 291832 30351
22 Gewinne zu 1000 M. 6130 32215 37041 100689 146798 207885 237585 323995 370857 391549 399999
32 Gewinne zu 800 M. 33595 104060 115002 115027 115327 125878 149748 170046 185439 231993 238865 245727 262678 272968 372321 386996
48 Gewinne zu 600 M. 16248 33835 76424 82284 84945 115273 122034 123523 141832 143206 192351 210787 218445 225928 231649 240110 267487 294334 300348 334766 348476 356515 373881 385916

Die Ziehung der 3. Klasse der 38. Preussisch-Süddeutschen (264. Preussische) Staats-Lotterie findet am 16. und 17. Dezbr. 1931 statt.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Hardtwaldsiedlungen

Mittwoch, den 25. November, abends 8 Uhr, findet im Handarbeitsaal der Telegraphenschule ein weiterer Bildungsvortrag statt, mit dem Thema: Die politische Lage und die Stellung der SPD. Referent: Landtagsabg. Auguste Fischer, Karlsruhe.

Im Hinblick auf das zur Zeit aktuelle Thema bitten wir die Genossinnen und Genossen dringend, den hochinteressanten Vortrag zu besuchen. Volksfreundleser und Freunde unserer Bewegung sind herzlich willkommen. Der Vortrag beginnt punkt 8 Uhr.

Werbegruppe sozialdem. Beamter

Zu der am Mittwoch, 25. d. M., 20^{1/2} Uhr stattfindenden Versammlung im „Salmen“ (Ludwigsplatz) mit Vortrag des Gen. Landtagsabg. Rev.-Exp. Heid über „Motorordnungen und ihre Bedeutung“ wird herzlich eingeladen.

Programm der Frauenleseabende in der Woche 23. bis 28. November

Bezirk Mühlburg-Grünwinkel: Dienstag, 24. November, Hardtschule. Referent: Genossin Grünbaum. Literaturabend.

Bezirk Weierheim-Bühl: Schulhaus, Dienstag, 24. November. „Die deutsche Reichsverfassung“. Referent: Reichstagsabg. ordneter Dr. Marx.

Bezirk Daxlanden: Dienstag, Volkshaus. „Der Kampf der Frau um den Sozialismus“. Pichtbildervortrag. Ref.: Stadträtin Gen. Müller.

Bezirk Dillstadt: Karl Wilhelmsschule, Dienstag. „Die deutsche Reichsverfassung“. Ref.: Reichsanwalt Gen. G. m. m. F. H.

Bezirk Südbad: Volkshaus, Dienstag. „Was bieten die Konsumgenossenschaften den Arbeiterfrauen? Ref.: Gen. F. H. H. z. z.

Bezirk Alt-, Mittel- und Südwald: Donnerstag, Lesesaal fällt aus, da am gleichen Abend der Innenhofmarkt der SPD im „Elefanten“ vorgeführt wird, zu dessen Besuch die Genossinnen herzlich eingeladen sind.

Bezirk Weststadt: Freitag, Gutenbergerschule. Literaturabend. Ref.: Genossin Grünbaum.

Auskünfte der Redaktion

Nr. 92 S. Nach Inkrafttreten des Reichswehrgesetzes vom 23. März 1921 war in Karlsruhe nie Reichswehr stationiert. Wohl war vorher Karlsruhe Garnison von Bestandteilen der vorläufigen Reichswehr, und zwar befanden sich hier: das Reichswehregiment 113, das Reichswehrtilleriesregiment 13, und das Reichswehrritterregiment 18. Da jedoch gemäß Friedensvertrag die Reichswehrruppen in der sogenannten neutralen Zone (innerhalb der 50 Kilometergrenze vom Rhein entfernt) keinen Standort mehr haben durften, mußten auch diese Truppen Karlsruhe verlassen. Der Abmarsch der letzten Truppen erfolgte am 23. September 1920.

Nr. 91. Natürlich trifft das in der betreffenden Antwort nur dann zu, wenn im Pachtervertrag eine dementsprechende Bestimmung enthalten ist. Im allgemeinen bewirkt die Nichtbeachtung des Pachtertrages noch nicht die Aufhebung des Vertrages, sondern es kann nur auf Bezahlung des Pachtzinses geklagt werden.

Nr. 100, B. B. Auch der Steuerliche ist bürokratisch, wenn kein Einkommensteuerverpflichtigtes Einkommen 900 Mark jährlich übersteigt.

Nr. 99. In Baden befindet sich kein russisches Konsulat. Sie müssen sich wenden an die Konsularabteilung der Volkskraft der Sowjetrepublik in Berlin.

